

Friedens- und Erneuerungsprozess vor dem Scheitern

von Karl-Heinz Krämer

(ursprünglich veröffentlicht in Nepal Information 105, Zeitschrift der Deutsch-Nepalischen Gesellschaft e.V.)

Am 28. Mai 2010 hätte eine neue Verfassung in Kraft treten sollen, die als Grundlage für ein neues Nepal gedacht war. Als wichtige Grundpfeiler waren dabei vorgegeben: Chancengleichheit und Beteiligung aller Bürger des Landes; politische Parteien als inklusive und demokratisch strukturierte staatstragende Organe; Abkehr von der kulturellen und religiösen Einheitsidee vergangener Jahrhunderte hin zu einer multikulturellen, multilingualen und multiethnischen Republik; Dezentralisierung und ein größeres Mitspracherecht der bislang benachteiligten Bevölkerungsgruppen durch Föderalismus; Verwirklichung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Abschaffung der weit verbreiteten Straffreiheit für Verbrechen jeglicher Art; Demokratisierung und Neubestimmung der Aufgaben der Sicherheitskräfte; Stärkung der Infrastruktur, eine gesicherte Versorgung, und Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten zum Wohle der Bürger; intensive Bekämpfung von Korruption, Amtsmissbrauch und Nepotismus; Neustrukturierung und Verbesserung des Bildungssystems unter Berücksichtigung der multiethnischen und multilingualen Gegebenheiten: Dies sind nur einige der wichtigsten Punkte, an denen sich die neue Verfassung orientieren sollte und auf welche auch die Politik der Exekutive schon seit Beginn des Friedensprozesses hätte hinarbeiten sollen.

Völliges Versagen der Politiker und Parteien

Dass die Wirklichkeit leider ganz anders aussieht, ist hinlänglich bekannt (Für Details allein aus dem Jahr 2010 verweise ich auf die parallel abgedruckte Chronik). Die Verfassung konnte nicht deswegen termingerecht verabschiedet werden, weil die Zeit vielleicht nicht gereicht hätte, sondern dies lag einzig und allein am Unwillen und der Interessenlosigkeit der führenden Parteipolitiker überhaupt eine Verfassung im oben beschriebenen Sinne zu schreiben.

Mehrere Dinge haben dabei eine Rolle gespielt (Ich verweise hierzu auch auf den parallel abgedruckten Artikel von Pramod Mishra). Da ist zum einen der Gegensatz zu nennen zwischen der Zusammensetzung der traditionellen politischen Elite, die alle Parteien, einschließlich der UCPN-Maoist, dominiert und dem inklusiven System, welches durch die

neue Verfassung angestrebt werden sollte. Eine Umsetzung der oben genannten Eckpfeiler hätte unweigerlich eine Abschaffung all jener Privilegien und Machtansprüche der traditionellen politischen Elite durch eben sich selbst bedeutet. Hierzu hat es vor den Wahlen der verfassunggebenden Versammlung allseits verbale Bekenntnisse gegeben, weil man ja der Wählerstimmen der benachteiligten Massen bedurfte, aber nach den Wahlen waren diese Erklärungen rasch vergessen.

Ein weiterer Problembereich ist die Tatsache, dass viele der langjährig führenden Politiker trotz der genannten Zugeständnisse bei den Wahlen vom Wähler abgelehnt wurden, weil sich die nepalischen Wähler nämlich als durchaus politisch bewusste Persönlichkeiten erwiesen. Weitgehend unbedarfte Kandidaten, noch dazu solche aus dem Kreis der benachteiligten Bevölkerungsgruppen, wurden vielfach jenen Politikern vorgezogen, die sich beim Scheitern des politischen Systems von 1990 besonders hervorgetan hatten. Dies hatte zur Folge, dass gerade in dem Kreis der beiden großen Parteien des 1990er Systems, also Nepali Congress (NC) und CPN-UML, die Parteiführer von damals zwar noch immer führende Rollen in ihren Parteien spielen, aber nicht in der auch als Parlament fungierenden verfassunggebenden Versammlung sitzen. Dies gilt natürlich auch für die besonders konservativen, monarchienahen Parteien, also vor allem die heute zahlreichen Splittergruppen der einstigen Rastriya Prajatantra Party (RPP), die allerdings nur noch als ganz kleine Parteien über die proportionalen Listen in die Versammlung eingedrückt sind; Direktmandate haben letztere überhaupt nicht erhalten.

Ein weiterer kritischer Punkt, der hierauf aufbaut, ist das Missverständnis der Parteiführer, was die Trennung von Exekutive und Legislative/verfassunggebender Versammlung anbetrifft. Die neue Verfassung, d. h. die Grundlage des neuen Nepal, sollte von jenen Personen entworfen werden, die durch die Wahlen vom Volk für diese Aufgabe legitimiert worden sind. Mit ihrer ablehnenden Haltung haben die Wähler ganz klar zu verstehen gegeben, welche der alten Führer sie nicht an diesem Prozess beteiligt haben wollten.

Die Exekutive, sprich die Regierung, sollte sich um die zahlreichen Alltagsprobleme des Landes kümmern, die zumindest einer Zwischenlösung bis zum Inkrafttreten der neuen Verfassung bedurften. Eine weitere wichtige Aufgabe wäre es gewesen, dem

Verfassungsschreibungsprozess den notwendigen Rahmen zu verschaffen. Hierzu hätte beispielsweise die rasche Integration und Rehabilitation der einstigen maoistischen Kämpfer gehört, die Aufklärung und Verfolgung von Straftaten aus der Zeit des maoistischen Aufstands und des königlichen Putsches, die Bekämpfung der Energie- und sonstigen Versorgungsengpässe, die Ausrottung der ausufernden Kriminalität und Korruption, der Entwurf von Gesetzesvorlagen zur Verbesserung diskriminierender bestehender Gesetze, die Umsetzung der Parlamentsbeschlüsse vom Sommer 2006 zur positiven Diskriminierung von Frauen und anderen benachteiligten Bevölkerungsgruppen usw.

Aber die zumindest in den Reihen von NC und CPN-UML großenteils nicht gewählten, d. h. nicht legitimierten, Parteiführer beanspruchen nicht nur die vollständige Kontrolle aller exekutiven Funktionen, sondern sie bestimmen auch darüber, wie sich die gewählten Volksvertreter innerhalb der verfassungsgebenden Versammlung zu verhalten haben, wofür sie dort einzutreten haben. Dies stellt das gesamte Anliegen des Erneuerungsprozesses und allgemein anerkannte Grundlagen demokratischen Vorgehens auf den Kopf.

Wir haben heute einen Noch-Premierminister, der vom Volk in gleich zwei Wahlbezirken abgelehnt wurde. Von den beiden stellvertretenden Premierministern hat einer sogar nur den dritten Platz seines/ihrer Wahlbezirks erreicht. Sehr viele der anderen Minister, darunter die Verteidigungsministerin, sind in ihren Wahlbezirken ebenfalls abgelehnt worden. Nach demokratischen Grundprinzipien fehlt diesen Politikern jegliche Legitimation selbst zur Erfüllung der exekutiven Aufgaben. Erschwert wird dieser Missstand noch durch die Tatsache, dass sich diese nicht legitimierten Politiker auch noch in massiver Weise in den Verfassungsprozess einmischen, ja letzteren gar in entscheidender Weise beeinflussen wollen. Mit anderen Worten, jene Politiker, die für das Scheitern des Systems von 1990 am meisten verantwortlich waren, wollen jetzt die Weichen zu einem neuen Nepal stellen. Dabei waren ihr Fehlverhalten unter dem 1990er System, ihre Blockade eines umfassenden Wandels in der Verfassung von 1990, ihr Versäumnis der Weiterentwicklung der Demokratie und ihre rücksichtslosen persönlichen Machtkämpfe wesentlich verantwortlich für den Ausbruch des maoistischen Aufstands und ermöglichten später den Putsch der Monarchie.

Beteiligung und Ausgrenzung der UCPN-Maoist

Ein weiteres Problem dieser Politiker ist ihr Umgang mit der UCPN-Maoist. Diese stellt aufgrund des Wahlergebnisses fast 40% der Abgeordneten in der verfassungsgebenden Versammlung, mehr als die beiden anderen großen Parteien, NC und CPN-UML, zusammen. Anders als viele Wortführer der anderen Parteien sind die maoistischen Führer größtenteils durch das Volk für exekutive und legislative Aufgaben legitimiert.

2005/6 hatte eine massive Volksbewegung beide Parteienlager zu einer engen Kooperation gedrängt, aber schon unmittelbar nach dem Inkrafttreten der Übergangsverfassung Anfang 2007 und der Beteiligung der Maoisten am Übergangsparlament bröckelte das gegenseitige Vertrauen. Nach der vernichtenden Niederlage der alten NC- und CPN-UML-Politiker bei den Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung zerbrach das Vertrauen völlig. Dabei sprach der Wählerwille eine deutliche Sprache: Die Menschen brachten zum Ausdruck, dass sie den alten Parteiführern den notwendigen Wandel nicht zutrauten. Lieber vertrauten sie mehrheitlich den unverbrauchten maoistischen Politikern, deren erklärte Ziele den Notwendigkeiten eines neuen Nepal ohnehin am nächsten kamen. Andererseits wollten die Wähler aber auch keine Diktatur der Maoisten, sondern deren Kooperation mit den anderen großen Parteien bei der Ausarbeitung der neuen Verfassung.

Die alten Parteiführer von NC und CPN-UML wollen bis heute nicht begreifen, dass sie vom Volk abgewählt wurden. Anders ist nicht zu erklären, dass sie Anspruch auf die Leitung der Exekutive erheben, obgleich sie nicht einmal innerhalb ihrer jeweiligen Parteien über geschlossene Linien verfügen. Ganz offensichtlich werden sie bei diesem Bestreben von Indien unterstützt, das schon allein wegen seiner Probleme mit maoistischen Aufständen im eigenen Land keine führende Rolle der Maoisten in Nepal haben möchte. Inwieweit auch die US-Regierung dies stützt, bin ich mir nicht sicher; mit der Einsetzung eines neuen Botschafters hat aber auch die amerikanische Einmischung in die nepalische Politik wieder deutlich zugenommen.

Es darf nicht verschwiegen werden, dass die Maoisten in der Vergangenheit oft unberechenbar gewesen sind. Vielfach hängt dies damit zusammen, dass viele ihrer Politiker Probleme mit einer Abkehr von dem einstigen radikalen Weg haben. Es gibt heute auch innerhalb der maoistischen Führung deutliche Lagerbildungen. Gerade in diesen Tagen sieht sich Parteichef Pushpa Kamal Dahal stark unter Druck. Er versucht, einerseits den radikalen Flügel bei der Stange zu halten, andererseits aber den gemäßigten Weg eines Erneuerungsprozesses beizubehalten, was ihm immer weniger gelingt; die Folge ist eine Art Schlingerkurs. Mohan Vaidya als Führer des radikalen Flügels der Maoisten bietet ihm immer stärker Kontra. Für einen gemäßigten Weg der UCPN-Maoist tritt heute am ehesten Baburam Bhattarai ein, das einstige Aushängeschild der Interpretation des kommunistischen Weges. Anders als Dahal und vor allem Vaidya sieht Bhattarai die Hindernisse des Erneuerungsprozesses weniger in Indien als vielmehr in den konservativen Kräften im eigenen Land.

Dies darf als realistische Einschätzung gewertet werden. Seit dem umfassenden Friedensabkommen vom November 2006 haben die Maoisten wiederholt Konzessionen gemacht, die ihrer ursprünglich radikalen Haltung widersprachen. Wenn es bei

den zahlreichen Kontroversen der letzten Jahre ein Einlenken gab, dann ging dies fast immer von den Maoisten aus, so gut wie nie von NC und CPN-UML.

Die meisten alten Führer von NC und CPN-UML sind sehr tief in ihrer eigenen Tradition verhaftet. Diese Tradition hat sehr viel zu tun mit ihrer gesellschaftlichen Stellung als überwiegend männliche Brahmanen, ihrem Überlegenheitsgefühl gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen und Frauen im allgemeinen. Der von der Monarchie geprägte Staat der letzten Jahrhunderte basierte auf eben diesem von Hindunationalismus und Hierarchieden geprägten Staats- und Gesellschaftsbild. Genau dieses System sollte im Zusammenhang mit dem neuen Nepal abgeschafft werden; so hatten es die Politiker aller Parteien 2006 und erneut im April 2008 in Wahlmanifesten versprochen.

Davon wollen heute die meisten alten Führer des NC und der konservative Flügel der CPN-UML um K. P. Oli und Bidya Bhandari, beide vom Wähler abgelehnt, nichts mehr wissen. Sie stellen nicht nur Republik und Föderalismus in Frage, sie wollen auch keine Integration der maoistischen Partisanenarmee, was wiederum eine wesentliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Abschluss des Friedensprozesses ist. Sie stellen sich schützend vor die Armee, wollen ihre weitere Kontrolle durch UNMIN unterbinden und decken öffentlich Offiziere der Armee, die sich in der Vergangenheit Verbrechen schuldig gemacht haben.

Der NC steht dabei im Augenblick an einem Scheideweg. Mitte September 2010 findet der wiederholt verschobene Parteikonvent statt, auf dem über die Nach-Koirala-Ära entschieden und eine neue Parteiführung bestimmt werden soll. Eine Hoffnung vermittelnde jüngere Generation von NC-Politikern wie Narahari Acharya fordert einmal mehr wichtige Führungsaufgaben ein. Es ist zu befürchten, dass sie erneut scheitern wird, wie auch zuvor schon in der Koirala-Ära.

Die alte NC-Garde versucht ihre Pfründe zu sichern, ist sich aber wie immer sehr uneins. Ein Politiker wie Sushil Koirala wurde vom Wähler abgelehnt, sieht sich aber als Neffe von Girija Prasad Koirala per se als rechtmäßiger Nachfolger. Ein Konkurrent ist Sher Bahadur Deuba, unter dessen diversen Premierministerschaften das 1990er System in seine größten Krisen schlitterte. Auch Sujata Koirala, Tochter von Girija, möchte sich in der Führungsebene der Partei etablieren mit dem Blick auf spätere höhere Parteiaufgaben.

Rückkehr der Monarchie?

Noch eine weitere Interessengruppe versucht, das von den Führern der großen Parteien zu verantwortende Chaos für sich auszunutzen, nämlich der erzkonservative Flügel der Monarchisten und Hindu-fundamentalisten. Seit Wochen häufen sich die öffentlichen Auftritte führender Mitglieder der abgesetzten Königsfamilie. Exkönig Gyanendra und sein Sohn Paras haben angesichts der großen Krise wiederholt eine Wiederbelebung der Monarchie gefor-

dert. Dabei denken sie an eine wesentlich größere Machtfunktion als beispielsweise Noch-Premierminister Madhav Kumar Nepal (CPN-UML), der erst vor wenigen Tagen eine kulturelle Rolle der Monarchie ins Gespräch brachte. Unterstützt wird die Ex-monarchie von ihrem parlamentarischen Sprachrohr, der RPP (Nepal) und deren Führer Kamal Thapa, der sich wiederholt mit hindufundamentalistischen Führern in Nepal und Indien getroffen hat. Kamal Thapa versucht alles wieder rückgängig zu machen, was bisher erreicht wurde. So plädiert er für die Wiedereinsetzung der Monarchie und die Abschaffung der Republik, eine Rückkehr zum Hindustaat, eine Verwerfung der Föderalismusgedanken, die Auflösung der verfassunggebenden Versammlung und Neuwahlen. Die Partei Kamal Thapas ist nur dank des proportionalen Wahlsystems mit vier Abgeordneten in der 601 Mitglieder umfassenden verfassunggebenden Versammlung vertreten, jenen vier Abgeordneten, die am 28. Mai 2008 als einzige gegen die Abschaffung der Monarchie stimmten.

Damit scheint sich der Kreis erneut zu schließen. 1990 hatte die Monarchie erhebliche Macht abgeben müssen, dem König blieb aber dennoch als Staatsoberhaupt und oberster Armeeführer so viel Macht, dass er in zwei Etappen, 2002 und 2005, putschen konnte. Nicht zuletzt deswegen wurde die Monarchie 2008 abgeschafft, durfte aber im Land verbleiben und diverse Staatsvergünstigungen genießen. Niemand nimmt zur Zeit Anstoß daran, das die immer aggressiveren Statements von Gyanendra und Paras schon längst wieder in gravierender Weise gegen die Grundlagen der Übergangsverfassung von 2007 verstoßen.

Aber sowohl die Monarchie als auch die konservativen Politiker müssen begreifen, dass sie auf Dauer keine Chance haben werden, ihre Interessen durchzusetzen. Die Verhinderung der Ideale der geplanten neuen Verfassung könnte eine Eskalation zur Folge haben, gegen die der maoistische Aufstand harmlos erscheinen mag. Schon lange gären ethnische und regionale Konflikte, die wiederum von kriminellen Banden rücksichtslos ausgenutzt werden. Diese genannten Konflikte, so sie denn bei einem Scheitern des Friedens- und Erneuerungsprozesses voll zum Ausbruch kommen sollten, würden die Existenz des Staates Nepal ernsthaft gefährden. Die Finger dürfen bereits jetzt auf die erzkonservativen und machthungrigen Politiker gerichtet werden, denen nicht wirklich am Staat Nepal und seinen Menschen gelegen ist. Es bleibt die nur noch ganz schwache Hoffnung, dass diese engstirnigen Politiker dies endlich doch noch begreifen und eine gemeinsame Lösung in Kooperation mit und unter dann hoffentlich seriöser Führung der UCPN-Maoist zielstrebig in die Wege leiten. Das allein wäre legitim und würde dem Wählerwillen entsprechen. Ein Abweichen von den anfangs genannten Eckpfeilern der neuen Verfassung darf dabei aber nicht zur Debatte stehen.

Kontakt: info@nepalobserver.de